

Parlament will festhalten an Presseförderung

Der Bund soll die Zustellung von Zeitungen weiterhin verbilligen. Der Ständerat hat eine abgeänderte Motion aus dem Nationalrat gutgeheissen.

BERN Das Parlament beauftragt den Bundesrat, an der indirekten Presseförderung festzuhalten. Die Ständerat stimmte gestern dem Vorstoss von Nationalrätin Christine Bulliard (CVP, FR) oppositionslos zu. Die Motion war mit Blick auf das Sparprogramm KAP eingereicht worden, welches das Parlament in der Zwischenzeit verabschiedet hat. Der Bundesrat hatte im Rahmen dieses Sparprogramms auf die indirekte Presseförderung verzichten wollen. National- und Ständerat waren damit aber nicht einverstanden, sie strichen die Massnahme.

Nun soll verhindert werden, dass bei künftigen Sparprogrammen die Presseförderung erneut infrage gestellt wird. Der Ständerat hat deshalb auf Antrag seiner Kommission den Motionstext, der sich auf das KAP bezog, leicht abgeändert. Der Nationalrat muss noch einmal darüber befinden.

Eine Verfassungsänderung?

Die Räte wollen mit dem Auftrag an den Bundesrat Klarheit schaffen: Auf eine Streichung der indirekten Presseförderung via Abgeltung an die Schweizerische Post sei zu verzichten – zumindest solange keine echte Alternative bestehe. Im Ständerat wiesen die Redner auf die schwierige finanzielle Situation vieler Zeitungen hin.

Die Bundesrätin Doris Leuthard versicherte, der Bundesrat wolle die indirekte Presseförderung vorerst weiterführen. Für Alternativen bräuchte es aber eine Verfassungsänderung, und das wolle selbst die Branche nicht. Möglich wäre mit heutiger Verfassung und Gesetzgebung einzig, die Unterstützung der Nachrichtenagentur SDA zu erhöhen.

Das würde den kleinen Verlegern helfen, die Kosten zu senken, sagte Leuthard. Darüber werde das Parlament entscheiden können. *sda*